

Ergänzende Erläuterungen der Ergebnisse in der ersten Beobachtungsphase:

ÖVP sieht für die Gleichstellung der Frauen und Männer, Menschen mit Behinderung und SeniorInnen eine Reihe von Maßnahmen vor (+), auch für die Verbesserung der Situation von Armutsbetroffenen. Allerdings fordert die ÖVP in Bezug auf bettelnde Personen einerseits die Schaffung von „Bettelfreien Zonen“ und andererseits werden diese Armutsbetroffenen kriminalisiert, indem von „Bettlerbanden“ (S. 2, WP) und von „organisierten Bettlerbanden aus Südosteuropa“ (S. 15, WP) und von „organisierten Bettlerbanden“ auf den Plakaten gesprochen wird (-). In Bezug auf Sprache sind verstärkte Fördermaßnahmen von Deutsch vorgesehen, die Mehrsprachigkeit und Interkulturalität werden aber nicht thematisiert (+/-). Bei der Wohnungsvergabe will ÖVP achten, „dass einem größeren Anteil einheimischer Bevölkerung ein geringerer Anteil von ausländischen Mitbürgern gegenübersteht.“ (S. 35, WP), was der Charta grundsätzlich widerspricht (-).

SPÖ bekennt sich explizit zur Menschenrechtsstadt Salzburg (S. 4 und 19, WP). Sie sieht außerdem Verbesserungen in den meisten Bereichen vor, hebt explizit positiv die Vielfalt der Bevölkerung Salzburgs hervor und betont die Wichtigkeit von Interkulturalität „Die SPÖ steht für eine moderne Pädagogik, die interkulturelle und geschlechtergerechte Aspekte im Fokus hat“ (S. 23, WP) (+). Allerdings tritt SPÖ nicht explizit für die Verbesserung des kommunalen Wahlrechts der Zugewanderten ein (+/-). In Bezug auf die neuen Armutswanderungen tritt SPÖ für den „menschewürdigen Umgang mit BettlerInnen, die im öffentlichen Raum still betteln (...)“ (S. 21, WP) ein, allerdings ohne konkrete lokale Maßnahmen vorzuschlagen (+/-).

BÜRGERLISTE äußert sich sowohl im Wahlprogramm als auch in anderen Medien durchgehend im Sinne der Charta - „Die Gleichbehandlung von Menschen, egal welcher Herkunft, ist ein Menschenrecht, das zu respektieren ist.“ (S. 11, WP). Sie will, auch im Sinne der Charta, Gleichstellung fördern. Etwa im Hinblick auf Wahlrecht von Zugewanderten wird Änderungsbedarf gesehen und kommunales Wahlrecht für alle gefordert (S. 16, WP). In der Debatte um „Betteln“ ist Bürgerliste für „Notschlafstellen und Sanitäranlagen“ (SN Lokalteil vom 28.1.2014) und dafür, dass „Armut (...) EU-weit gelöst (wird)“ (Salzburger Fenster 03/2014) (+).

FPÖ tritt im Wahlprogramm zwar für die Chancengleichheit der Geschlechter ein (S. 4, WP), alternative Familienformen werden aber nicht erwähnt und auch die Schaffung von einem bedarfsdeckenden Kinderbetreuungsangebot wird nicht thematisiert (+/-). Die exklusive Betonung einer österreichischen Leitkultur und der deutschen Sprache impliziert die Bevorzugung vor anderen Herkunftskulturen und Sprachen. Die Forderung „Deutsch als Schulsprache - auch in den Pausen!“ (S. 12, WP) diskriminiert Kinder mit anderer Erstsprache (-). Auch die Forderungen der FPÖ auf dem Wahlplakat „Leistungsfähige Wohnungen für Salzburger“ und „Ausreichende Deutschkenntnisse bei Vergabe von städtischen Wohnungen!“ im Wahlprogramm (S. 15, WP) widersprechen eindeutig den Grundsätzen der Charta. Zugewanderte BürgerInnen werden außerdem in diesem Teil des Programms in einer negativen Weise in Verbindung gebracht, da nach der o.g. Forderung die nächste „Keine Gemeindewohnungen für Schwerekriminelle!“ folgt (-). Für den Bereich von Menschen mit Behinderung werden Verbesserungen eingefordert. Im Bereich von SeniorInnen thematisierte Verbesserungsmaßnahmen richten sich exklusiv an „unsere“ einheimischen SeniorInnen (S. 10, WP) (-). Beim Thema „Sicherheit“ ist die FPÖ für „Kampf gegen Kriminalität und Bettelunwesen (...)“ (S. 11, WP) und fordert „Generelles Bettelverbot in der Altstadt!“ (ebd.), was einerseits die Bettelnde kriminalisiert, andererseits klar der Charta widerspricht (-).

NEOS äußert sich in ihrem Wahlprogramm nicht zu Benachteiligungen, jedoch hat sich ein Kandidat gegen Bettelverbot ausgesprochen und von Betteln als Grundrecht gesprochen: „Ein Verbot ist für uns keine Option. Das verletzt ein Grundrecht.“ (Salzburger Fenster 03/2014) (+).

KPÖ sieht Gleichstellungsmaßnahmen für Angehörige verschiedener Geschlechter, Zugewanderte und Sozialbenachteiligte vor und Verbesserungen für SeniorInnen und Jugendliche. Sie verweist auch dezidiert auf die Notwendigkeit gegen Diskriminierung aufzutreten: „Gerade in der Diskussion über die BettlerInnen in der Stadt ist unzumutbar geworden.“ (S. 26, WP) (+).

LISTE TAZL: kein Wahlprogramm im Beobachtungszeitraum ermittelbar. Die Spitzenkandidatin äußert sich in einem Medium für ein generelles Bettelverbot – „Früher war das Betteln kein Problem. Jetzt bin ich für ein generelles Verbot, weil die Leute dahinter die Not dieser armen Menschen ausnutzen.“ (Salzburger Fenster, 03/2014). Das widerspricht der Charta und suggeriert das Vorhandensein von kriminellen Strukturen (-).

DIE LINKE äußert sich positiv im Sinne der Charta. Die Linke tritt für die Gleichstellung in Bereichen Geschlecht, soziale und ethnische Herkunft, Behinderung und Alter ein – z.B. „Jede/r BürgerIn hat Anrecht auf leistbaren Wohnraum.“; „**Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU BürgerInnen** Pflichten bedeuten auch Rechte: Steuern zahlen: ja – daher auch Mitbestimmen am Wohnort vom 1.2.2014) (+).

BÜRGER FÜR SALZBURG will mit ihrem Wahlprogramm (s. "Für eine bessere Bildungs- und Familienpolitik", vom 1.2.2014) die Verbesserungen in der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen herbeiführen (+). In Hinblick auf die Frage des Bettelns in Salzburg wird zwischen berechtigtem und unberechtigtem Betteln differenziert. Als unberechtigtes Betteln wird jede Form organisierten Bettelns gewertet und für die Situation in Salzburg pauschalierend als typische Form zugeschrieben (-).

DIE PIRATENPARTEI äußert sich nicht explizit zu Gleichstellungsmaßnahmen, aber insgesamt positiv im Sinne der Charta „Wir Salzburger PiratInnen stehen für eine freie und individuelle Entwicklung der Persönlichkeit. Jeder Mensch ist GLEICH. Wir bewerten andere Menschen nicht nach Alter, Staatsangehörigkeit, Stand, Herkunft, Geschlecht, religiösem Bekenntnis, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung, sondern begegnen sich in respektvoller Weise!“ (+/-).

TEAM SALZBURG - EDI MAINONI – das Wahlprogramm enthält keine Programmpunkte zum Artikel II der Charta. In Bezug auf Bettelnde plädiert der Spitzenkandidat in einem Medium für ein Bettelverbot und ersucht die SalzburgerInnen, den BettlerInnen kein Geld zu geben, weil es sich um „organisierte Banden“ handelt. BettlerInnen werden als „einschlägig bekannte Familienclans“ oder „straff organisierte Banden“ (SN Lokalteil, 28.1.2014) bezeichnet (-).